

Starke Kommunen für gutes Klima!

Gestalten statt verwalten.

A portrait of a man with reddish-brown hair and a light beard, smiling. He is wearing a dark blue jacket over a dark t-shirt. The background is a blurred outdoor scene with trees and a building.

**HANNES
ROCKENBAUCH**

OB-WAHL
8. und 29.11.2020

Herausforderungen der Zukunft

Zukünftiges kommunales Handeln wird langfristig dominiert werden von klimapolitischen Notwendigkeiten und sozialen Anforderungen, beginnend beim bezahlbaren Wohnen bis hin zur gesellschaftlichen Teilhabe. Wasserver- und -entsorgung, Stadtklima, Energie, Transport und lokale Wirtschaftspolitik werden zu entscheidenden kommunalen Themen bei der Abwendung des Klimawandels.

Maßnahmen zur Abwendung des Klimawandels

- Ausbau CO₂-neutralen Wohnens in der Stadt. CO₂-neutrale Mobilität in Stadt und Region. (u.a. kostenfreier ÖPNV)
- Umwandlung und Aktivierung der Infrastruktur für neue individuelle Mobilität.
- Klimagestaltung des Kessels – Hitzeschutz und Lebensschutz im Stuttgarter Hitze-kessel. Klimaabkühlung durch intensives Grün, mehr Wasserflächen und Verringerung versiegelter Flächen. (CO₂-neutrale Gebäudekühlung und Raumluftumwälzung (Solar))
- Öffentliche ökologische Energieversorgung (Wasser/Strom/Gas) – Ziel: weitestgehend Ressourcen-neutral in kommunaler Hand.
- Flächenverbrauch, Flächennutzung
- Umwandlung der Infrastruktur für neue individuelle Mobilität.

Maßnahmen des sozialen Ausgleichs

- Wohnungen für alle Einkommen.
- Verbesserung und Sicherung der sozialen Teilhabe für Menschen mit geringem Einkommen. (Kultur, Sport, Freizeit, Mobilität)
- Bildung – Chancengleichheit durch qualitätsvolle schulische Ganztagsangebote. Schule und unterrichtsunabhängige Bildungs- und Erlebniswelten auf einem Gelände oder im engen regionalen Verbund. (Campusgedanke/Vereine/Horte/Jugendhäuser vgl. Spielhaus).
- Permanente substanzielle Sanierung, funktionale Erweiterung und technische Erneuerung der Schulgebäude.
- Kitas für alle (volle Bedarfsbefriedigung), möglichst kostenfrei.

Gesundheitsvorsorge

- Gesundheitsversorgung – Ausbau des Gesundheitsamts und Fertigstellung des Klinikums als Krankenhaus der Maximalversorgung.
- Gesundheitsüberwachung durch richtlinienentsprechende Anwendung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes (z.B. Lebensmittelüberwachung, Gastronomie, Baustellen etc.)

Kulturelle Infrastruktur

- Erhalt der kleinen Theater, Bühnen, Musikclubs als breites Angebot einer ausdifferenzierten Kulturlandschaft.
- Erhalt und Erneuerung des staatlichen Kulturangebots mit Europas größtem Drei-Sparten-Theater. (Oper/Ballett/Schauspiel)

Mannigfaltiges Vereinsleben und Sport

- Kultur, Sport- und Freizeitinfrastruktur für alle Einkommensschichten.
- Bäderstadt Stuttgart

Ökologisch zukunftsweisende Abfallvermeidung und -entsorgung

- Ein möglichst geschlossener Produktkreislauf zwischen Produktion, Wiederverwertung und Entsorgung.

Sicherheit

- Sozialer Ausgleich und faire Lebensbedingungen für alle, unabhängig ihrer Herkunft, Ethnie, Hautfarbe oder Religion.
- Neues Sicherheitskonzept für mehr Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum als Ansprechpartner, Lotse, Unterstützungs- und Hilfegebende(r), um ggfs. ordnungspolitisch tätig zu werden, soweit dies gefordert ist.

Leistungsfähige öffentliche Verwaltung

- Öffentliche Verwaltung als rechtssichere, bürgerorientierte, soziale und dienstleistungsfähige Sicherung einer hochqualitativen öffentlichen Daseinsvorsorge.
- Öffentliche Verwaltung als Bewahrer beteiligungsorientierter, demokratischer Prozesse als Herz des Gemeinwesens.
- Öffentliche Verwaltung als Motor ökologischer und sozialer Zukunftsentwicklung.

***Am 8. und am 29. November
Hannes Rockenbach wählen!***

Analyse und Erkenntnis

Die Städte sind nicht nur Opfer des Klimawandels, sondern vor allem die Hauptgestalter des Klimawandels. Laut Daniel Dettling leben bald 80% der Weltbevölkerungen in Großstädten/Ballungsräumen. „Zudem kommen etwa 60 Prozent der CO₂-Emissionen aus den Städten selbst, vor allem durch Verkehr und Gebäudeheizung beziehungsweise -kühlung; ihre Infrastrukturen verbrauchen 70 Prozent der weltweiten Energie.“ (vgl. Zit. Daniel Dettling, 22.08.2019. <https://www.sueddeutsche.de/politik/klimawandel-staedte-demokratie-1.4572121>)

Wo, wenn nicht hier kann der konkrete Wandel des Klimaverhaltens passieren? Weltweit entstehen Klimainitiativen in den großen Ballungsräumen auf kommunaler Ebene. Denn die Pariser Klimaschutzziele sind nur durch den Wandel des Alltagslebens in den Ballungsräumen zu erreichen. Und neben dem globalen Erfolg steht der Schutz des eigenen Lebensraums im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner. „Berlin wird Madrid“, „Madrid wird Marrakesch“ beschreibt dies Dettling im angeführten Artikel in der Süddeutschen Zeitung und zitiert dabei Benjamin Barber, den 2017 verstorbenen US-amerikanischen Professor für Zivilgesellschaft mit den Worten **„Wenn Bürgermeister die Welt regierten, wären viele globale Probleme längst gelöst“**.

Doch welche Handlungsmöglichkeiten haben Kommunen überhaupt im Rahmen eines zweigliedrigen Staatssystems, dass sie mehr als Anhängsel der Länder denn als macht-voll ausgestattete eigenständige Kompetenzebene betrachtet.

Betrachtet man Großstädte in Europa, so stößt man auf beeindruckende Beispiele, die hinsichtlich Lebensqualität oder Klimaverträglichkeit aus dem Durchschnitt signifikant herausragen. Beim Thema Mobilität ist hier Kopenhagen zu nennen, das auch schon mehrfach als „lebenswerteste Stadt der Welt“ ausgezeichnet wurde (2008, 2013, 2014 „Monocle“). Dies, obwohl die Stadt mit über 7300 Einwohnern pro km² eine mehr als doppelt so hohe Bevölkerungsdichte wie Stuttgart aufweist. Die Stadt glänzt nicht zuletzt durch eine herausragende Fahrradwege-Infrastruktur und nimmt hier weltweit eine ausgesprochene Vorreiterrolle ein. „Im Fahrrad-Index der „Copenhagenize“-Gruppe, die die Radlerfreundlichkeit von Metropolen untersucht, steht sie derzeit auf Platz eins vor Utrecht und Amsterdam. Berlin kommt auf Platz zehn, München auf fünfzehn.

In Kopenhagen radeln demnach mittlerweile 60 Prozent der Bürger*innen jeden Tag zur Arbeit oder zur Schule, nur mehr neun Prozent fahren mit dem Auto.“

(In Stuttgart: Rad 8%/Auto 40 %/Fuß 29%/ÖPNV 23%)

https://docs.google.com/spreadsheets/d/1g5I5_p9JkH3nCRTZaqUS2VKBHESXKpge8UNuvWSX8/edit#gid=1887290258

<https://hamburg.adfc.de/verkehr/themen-a-z/radverkehrsstrategie/kopenhagen-so-geht-fahrradstadt/>

<https://kommunal.de/kopenhagen-klimaschutz-kommunen>

Wien ist die Auszeichnung „lebenswerteste Stadt“ bei der Mercer-Studie schon zehn Mal gelungen. „Die Autor*innen loben explizit die hervorragende öffentliche Daseinsvorsorge in Wien. Gesundheitsversorgung, Wasserversorgung, Müllentsorgung, das Abwassersystem, Schulen, Stromversorgung und öffentlicher Verkehr erreichen stets die höchstmögliche Punktezahl.“ „Der Wohnungsmarkt und die Verfügbarkeit von Konsumgütern werden ebenfalls mit der Maximalnote bewertet.“ Sowohl Wien (309 kg) als auch Kopenhagen (377 kg) zeichnet laut „comparethemarket“ zudem ein sehr geringer Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ aus.

<https://www.comparethemarket.com/energy/content/europes-greenest-capital-cities/>
Anmerkung: Der hier aufgeführte „CO₂-Ausstoß“ ist nicht vergleichbar mit der CO₂-Bilanz, welche die CO₂-Gesamtproduktion einer nationalen Gesellschaft auf sämtliche Bürgerinnen und Bürger umlegt. Die liegt in Deutschland derzeit bei 9,7 Tonnen pro Kopf.

Entscheidend für diese herausragende Stellung ist nicht zuletzt die Tatsache, dass der Etat dieser Städte (Wien als Stadtstaat) im Vergleich zum relativ wirtschaftsstarken Stuttgart pro Kopf um zumindest ca. 50% höher liegt.

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200608_OTS0045/wiener-rechnungsabschluss-2019-ausgeglichenes-budget-vorzeitig-erreicht

Diese Städte haben das Mehr an Gestaltungsspielraum schon seit Jahrzehnten kontinuierlich dazu genutzt, Standards für Lebensqualität sowohl zu bewahren als auch konsequent fortzuschreiben und weiterzuentwickeln. Gerade in der Dekade nach der Jahrtausendwende gelang beispielsweise Kopenhagen der Sprung im Städteranking nach ganz vorne. Demonstrationen für eine weitgehend autofreie Stadt kennt Kopenhagen schon seit den 70-er-Jahren.

Gerade Stuttgart zeigt mit den vergeudeten Dekaden von 1993 - 2013 und den Mühen der (zu) späten Investitionen, dass deutsche Kommunen für die offensive Nutzung ihres Gestaltungsspielraums finanziell zu knapp und tönern ausgestattet sind und über weite Strecken Schuldenvermeidung, bzw. -tilgung statt Zukunftsgestaltung betreiben (müssen). Denn im Stuttgarter Kessel herrschte hinsichtlich der notwendigen Zukunftsentwicklung in den genannten Dekaden weitgehend Stillstand oder gar Rückschritt (z.B. beim sozialen Wohnungsbau und Personalabbau). Mühsam hangelte sich die Stadt trotz verwahrlosten Schulbauten, pockennarbigen Schlaglochstraßen und einsturzgefährdeten Bauhöfen über große Haushaltskonsolidierungen, Haushaltssperren und Minderausgaben zur Schuldenfreiheit. Dies bedeutet wichtige verpasste Chancen bei der Bewältigung des voranschreitenden Klimawandels, die heute nur schwer aufzuholen sind. Stuttgart hat im Vergleich zu europäischen Top-Kommunen viel Zeit und Boden verloren.

Fazit

Die essenzielle Erkenntnis in dieser Betrachtung ist, dass die konkrete Lebensqualität der Menschen im Ballungsraum nur durch eine CO₂-arme/neutrale Mobilität, eine ökologische Gestaltung des Stadtklimas und die Vermeidung sozialer Brüche verbessert werden kann. Dies geschieht entscheidend durch die Großstadtkommunen und die Kommunen der großen Ballungsräume. Bund und Land mögen wichtige finanzielle

Rahmen setzen (Bahninfrastruktur, Kerosinsteuer, ressourcenschonende Energiegewinnung, Energie Charta Treaty ECT etc.), aber sie gestalten nicht die Lebensbedingungen vor der Haustür. Diese aber bilden die Grundlage dafür, sich alltäglich klimapositiv verhalten zu können. Die Schubkraft und die Gestaltungskompetenz der dringend notwendigen öko-sozio-kulturellen Zukunftsentwicklung muss entscheidend auf die Kommunen verlagert werden – durch zusätzliche Kompetenz und entsprechende finanziell verbesserte und stabile Ausstattung!

Wer die globale Erwärmung ernsthaft abwenden will, muss durch eine neue strategische Ausrichtung die Kommunen und Großstädte stärken.

Forderung: Verbesserte und stabile Finanzierung der Kommunen durch Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer von heute ca. 2% auf 15% ohne Gegenkompensation. Für Stuttgart würde dies eine entscheidende Finanzverbesserung von ca. 500 Mio. Euro pro Jahr bedeuten. (Derzeit Bund ca. 54%, Land ca. 44%, Kommunen 2%).

Presseberichte/Quellen:

<https://www.nzz.ch/meinung/klimademokratie-statt-klimanotstand-die-staedte-sind-gefragt-ld.1513093>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/klimawandel-staedte-demokratie-1.4572121>

***Am 8. und am 29. November
Hannes Rockenbach wählen!***

Rahmenbedingungen intern

Derzeit beschäftigen interne Rahmenbedingungen die Verwaltung massiv im Hinblick auf die Sicherstellung der notwendigen Leistungsfähigkeit. Dies betrifft beileibe nicht nur die Gesundheitsvorsorge, sondern auch so scheinbar banale, aber hoheitliche Bereiche wie z.B. die Kfz-Anmeldung und -Zulassung.

Digitalisierung der Verwaltung

Der digitale Wandel kann einen wichtigen ökologischen Beitrag leisten, wenn er dazu beiträgt, heute noch notwendige Mobilität zu vermindern. Der Umbau der Verwaltung zu synchronisierten und standardisierten Verwaltungsabläufen über sämtliche Referate und Ämter sowie Fachprozesse hinweg stellt eine gewaltige Aufgabe dar, die weit darüber hinaus geht, digitale Endgeräte einzuführen. Nicht zuletzt sind hier auch tarifliche Fragen der Eingruppierung und des Arbeitsrechts tangiert, die eine Beteiligung der Tarifpartner und Personalvertretungsorgane unabdingbar machen. Ohne zusätzliches Personal wird dieser Prozess die Leistungsfähigkeit der Verwaltung über Jahre unterminieren.

Budgetdruck

Unsichere Finanzlage und künftige Verluste durch den Corona-Shutdown verleiten die Kommunen, wichtige Investitionen bereits jetzt korrektiv herunterzufahren oder zu verschieben. Angesichts der dringenden Handlungsbedarfe im Sozialen (Wohnen) und Ökologischen (Klimawandel wartet nicht) dürfen existenzrelevante Zukunftsinvestitionen nicht zurückgefahren werden. Dies vor allem auch im Bereich des personellen Leistungsvermögens der Verwaltung, die heute schon in der „Bestandsverwaltung“ wegen Personalmangels wiederholt scheitert. Die gewaltigen Aufgaben im Sinne des Klimaschutzes fordern eine deutliche Steigerung der Verwaltungsleistung, die nur mit entsprechend ausreichendem und qualifizierten Personal realisiert werden kann.

Demographischer Wandel

Trotz der Corona-Pandemie bleibt der Arbeitsmarkt bei einschlägigen Berufen unterversorgt. Kompetente Arbeitskräfte, die ihren Lebensunterhalt auch im teuren Ballungsraum dank ordentlicher Löhne bestreiten können, sind bei der Entlohnungsstruktur des öffentlichen Dienstes selbst im gehobenen und höheren Verwaltungsdienst nur schwer zu finden. Es ist möglich, dass sich coronabedingt eine Entspannung auf der Jagd nach Fachkräften in bestimmten Fachsegmenten ergibt. Trotzdem hilft dies kaum bei Schlüsselqualifikationen wie Ärzten im Amtsdienst (wie z.B. im Gesundheitsamt), sonstigen Fachkräften im Gesundheitsdienst, IT-Fachkräften, Erzieher*innen und ökologischen

Qualifikationen für die Stadtentwicklung. Der altersbedingte Verlust von Fachkräften wird sich in der Stadtverwaltung von derzeit ca. 300 sukzessive bis 2025 auf bis zu 450 Fachkräfte pro Jahr steigern.

Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung

- Stuttgart-Zulage zur Kompensation der hohen Wohn- und Lebenshaltungskosten (wie in München)
- Personalwohnungen für Auszubildende und untere Einkommensgruppen zur finanziellen Entlastung und zur Vermeidung langer Anfahrtswege (Home Office ist oft nicht möglich)
- Raum für ausreichend Personal (technisches Rathaus z.B. im Stadtquartier Neckar-park)
- Stellenpool für kreative Zukunftswerkstatt
- Bessere Bezahlung im kommunalen öffentlichen Dienst sowie die Anerkennung des Geleisteten während des bisherigen Pandemieverlaufs. Akzeptanz der Tarifforderungen im Grundsatz mit der Maßgabe an die VKA/den KAV, einen fairen Kompromiss ohne Arbeitskampf zu ermöglichen.

***Am 8. und am 29. November
Hannes Rockenbauch wählen!***

Beteiligung – demokratische Einbeziehung

Seit den Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 ist klar, dass es in Kommunen und Verwaltungen neue Formen der politischen Teilhabe der Bürger*innen bedarf. Doch wenn heutzutage von neuen Partizipationsformen und gar einer neuen Beteiligungskultur die Rede ist, wird meist vergessen, dass es hierfür auch die organisatorischen, finanziellen und personellen Voraussetzungen in der Stadtverwaltung braucht. Nur wenn es gelingt, mit Beteiligungsformaten und Verwaltungsabläufen die politischen Entscheidungsprozesse nahe dem Motto „Alle an einen Tisch“ zu synchronisieren und miteinander zu verzahnen, ist die Mitgestaltung der Bürger*innen an ihrem Gemeinwesen langfristig wirkungsvoll. Einzelne Beteiligungsformate mit extern Beauftragten sind meist wirkungslose Add-ons zu den Standardroutinen und -Abläufen in Verwaltung und Politik.

Organisatorische Voraussetzungen

Je nach Komplexitätsgrad der Problemstellung braucht es problem- oder aufgabenbezogen temporäre Organisationseinheiten, die transdisziplinäres, abteilungs- und ämterübergreifendes Arbeiten mit Bürger*innen erlauben.

Zum Wissensaufbau und zur Wissensvermittlung braucht es eine personell besser ausgestattete Stabstelle „Beteiligungskultur“.

Personelle Voraussetzungen

Kommunen, die sich auf den Weg zu einer neuen Beteiligungskultur aufmachen, brauchen an zentraler Stelle sowie allen an Beteiligungsformaten beteiligten Fachstellen personelle Ressourcen. Über die laufenden Verwaltungsroutinen hinausgehend sind die oft zeitintensiven Beteiligungsformate nicht zu stemmen.

Mehr Selbstbestimmung der Bezirke

Stuttgart ist mehr als die City. Stuttgart besteht aus 23 selbständigen Stadtbezirken mit eigenen Identitäten. Um Entscheidungen von Politik und Verwaltung näher an diese Gemeinschaften anzubinden, ist die Direktwahl der Bezirksbeiräte eine geeignete Maßnahme, um die demokratische Entscheidungsbasis zu erweitern. Neben höheren eigenen Budgets sind die Bezirke mit den für ihren Bezirk zuständigen Verwaltungsabteilungen auszustatten und mit Beteiligungsbeauftragten zu stärken.

***Am 8. und am 29. November
Hannes Rockenbach wählen!***